



## **DER LUSTRATIONSPROZESS NACH EINEM JAHR VERTRAUEN IN DIE POLITISCHEN INSTITUTIONEN**

■ ANALYSE		
Ernüchterung nach einem Jahr Lustrationsprozess		2
Von Andreas Stein, Kiew		
■ STATISTIK		
Ausgewählte Angaben zum Staatsdienst in der Ukraine		7
<hr/>		
■ UMFRAGE		
Vertrauen in die politischen Institutionen im Juli 2015		11
<hr/>		
■ CHRONIK		
9. – 22. November 2015		13



## Ernüchterung nach einem Jahr Lustrationsprozess

Von Andreas Stein, Kiew

### Zusammenfassung:

Vor etwas mehr als einem Jahr, am 16. Oktober 2014, trat das speziell vor den vorgezogenen Parlamentswahlen verabschiedete Gesetz »Über die Säuberung des Regierungsapparates« in Kraft. Erwartungsgemäß konstatierte die Europäische Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission), dass das Gesetz in Teilen zu überarbeiten ist. Diese Teile entsprechen nicht den 1996 formulierten Grundsätzen für einen Lustrationsprozess der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Auch den hohen Erwartungen, die die Gesellschaft an den Lustrationsprozess stellte, konnte das Gesetz nicht gerecht werden. Im Gegenteil grassieren Nepotismus und Korruption weiter. Zudem zeugt die selektive Anwendung des Gesetzes vor allem davon, dass politische Zweckmäßigkeiten und persönliche Ergebenheiten bei der Postmaidanregierung weiter Vorrang vor Verfassung und Gesetz haben.

### Einleitung

Groß waren die Ankündigungen vor den Parlamentswahlen im Oktober 2014. Bis zu einer Million Staatsbedienstete aller Kategorien und Ränge sollten laut den Ankündigungen von Ministerpräsident Arseni Jazenjuk am 17. September 2014 von dem Gesetz betroffen sein. In der Gesellschaft wurden Hoffnungen auf einen Befreiungsschlag geweckt, auf eine einfache Lösung eines schwierigen Problems. Wären erst die »Schergen Janukowytschs« aus den Ämtern entfernt, sei bereits ein großer Schritt in Richtung »Europäisierung« der Verwaltung und Beseitigung der Korruption »an ihren Wurzeln« getan. Etwas mehr als ein Jahr später ist Ernüchterung eingetreten. Das Thema Lustration, wie der Vorgang der »Durchleuchtung« und »Reinigung« des Staatsapparates genannt wird, spielt im politischen Diskurs nur noch selten eine Rolle. Vermutlich hat es seine Aufgabe der Wählerstimmenbeschaffung und als Dampfventil vorerst erfüllt. Auch die Welle der vor Kameras inszenierten sogenannten »Müll-Lustrationen«, bei denen missliebige Staatsangestellte als Vorform des Lynchmords in Abfallcontainer entsorgt wurden, ebte bis auf wenige Ausnahmen im Frühjahr schlagartig ab.

### Schaffung einer Behörde

Für die Umsetzung des Gesetzes wurde im Justizministerium eine Abteilung für Lustrationsfragen eingerichtet, die von Tetjana Kosatschenko geleitet wird. Die Juristin hatte sich vorher bereits beim Gesellschaftlichen Lustrationsausschuss engagiert und zum Gesetzentwurf beigetragen. Ihr Dienstherr ist Justizminister Pawlo Petrenko, ein Jugendfreund Arseni Jazenjuks.

Der Website des Departments ist zu entnehmen, dass den Lustrationsprozess mehr als 111.000 im Amt befindliche Staatsangestellte und mehr als 51.000 Kandidaten für Staatsposten durchlaufen haben. Für bislang 841 Personen kam darüber hinaus das automa-

tische zehnjährige Amtsverbot zur Anwendung, nach dem diese bis zum 15. Oktober 2024 keine leitenden Positionen im Staatsdienst mehr besetzen können. Die von diesem Verbot Betroffenen haben unter Präsident Wiktor Janukowytsch länger als ein Jahr die in Artikel 3 des Gesetzes benannten leitenden Positionen besetzt, zu Sowjetzeiten Verbindungen zum KGB unterhalten oder höhere Posten im Parteiapparat bekleidet. Mehr als tausend Staatsangestellte kündigten oder ließen sich auf rangniedrigere Posten versetzen, um dem Lustrationsprozess zu entgehen. Jazenjuk zufolge hatte sich ihre Zahl im April bereits auf 1.500 erhöht. Der Leiter des Antikorruptionsausschusses Jehor Sobolew von der Partei Samopomitsch (Selbsthilfe), eine der Haupttriebkraft hinter dem Lustrationsgesetz, schätzte ihre Zahl im Oktober auf bis zu 1.200. Zu ihnen gehören der Chef des Statistikamtes Oleksandr Ossaulenko, der das Amt seit 1997 geleitet hat und für den bisher kein Ersatz gefunden wurde, sowie der Leiter der Staatlichen Agentur zur Verwaltung der Schutzzone um das ehemalige Kernkraftwerk von Tschernobyl, Wolodymyr Choloscha, der seit 1995 in verschiedenen Positionen für die Bewältigung der Folgen der Atomkatastrophe verantwortlich war. Sein im Mai ernannter Nachfolger Jurij Antypow wurde nach Korruptionsvorwürfen bereits im September wieder entlassen.

Die versprochene Transparenz des Lustrationsvorgangs, nach der alle persönlichen Erklärungen, dass Lustration auf eine Person nicht zutrifft, sowie Einkommensdeklarationen der untersuchten Staatsangestellten einsehbar sein sollen, konnte bisher nicht sichergestellt werden. Vor allem bei älteren Einträgen führen die zu persönlichen Erklärungen und Deklarationen gehörigen Links auf leere Dateien und es ist unwahrscheinlich, dass diese Fehler behoben werden. Verweise, bei anderen »Durchleuchteten« Informationen zu Staatsangestellten auf den Websites der entsprechenden Behörde einzuho-

len, führen meist ebenfalls ins Leere, da diese Behörden kaum die Kapazitäten zur Pflege der Daten haben.

Nicht immer läuft die Lustration ohne Widerstände ab. Im Februar 2015 machte der Gesellschaftliche Lustrationsausschuss publik, dass zwei Stellvertreter von Innenminister Arsen Awakow, Witalij Sakal und Wassyl Paskal, unter Janukowytsch insgesamt über ein Jahr in leitenden Positionen tätig waren. Dennoch veranlasste das Ministerkabinett nicht die Entlassung der beiden. Schlussendlich ging Kosatschenko vor Gericht. Am Tag, nachdem ihre Klage angenommen wurde, erfolgte unter dem Vorwand der Suche nach gefälschten Lustrationsnachweisen eine Durchsuchung der Räume des Lustrationsdepartments und der Wohnung Kosatschenkos durch Angehörige des Innenministeriums. Infolge der medialen Resonanz der Hausdurchsuchung reichte Sakal wenig später seinen Rücktritt ein. Paskal ist bis heute Stellvertreter Awakows.

### **Erwartete Bedenken der Venedig-Kommission**

Trotz Inkrafttreten des Gesetzes ist die Legitimität einiger Positionen, beispielsweise der automatischen Entlassung einschließlich Einstellungsverbots ohne vorherigen Gerichtsentscheid, bis heute fragwürdig – nicht nur in Hinblick auf die Verfassung, sondern auch nach den Kriterien, die der Europarat 1996 für derartige »Durchleuchtungsprozesse« festgelegt hat. Bereits in ihrer Stellungnahme im Dezember 2014 warnte die Europäische Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission) davor, dass ein Lustrationsprozess im großen Stil in einer »gewaltigen bürokratischen Belastung« resultieren und zu einer Atmosphäre von »genereller Angst und Misstrauen« führen könnte. Ebenso wurde darauf hingewiesen, dass Lustrationsprozesse nach den Richtlinien des Europarates für die Durchführung von Lustrationsprozessen durch ein unabhängiges Organ und unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft erfolgen sollen und nicht wie in der Ukraine durch eine dem Justizministerium unterstellte Behörde. Entsprechende Änderungen wurden der Venedig-Kommission bereits vor ihrem Bericht in Aussicht gestellt. Allerdings gibt es bis heute nur einen Entwurf, der einen weiterhin hohen Einfluss des Ministerkabinetts auf die Ernennung des Chefs einer zukünftigen Lustrationskommission vorsieht.

Ein weiterer Kritikpunkt der Venedig-Kommission war der fehlende Datenschutz, der in einem Land, in dem es vorkommt, dass der Innenminister Namen und Geburtsdaten von Mordverdächtigen in der Öffentlichkeit verbreitet, nicht verwundert. Gleichzeitig überschneiden sich viele Funktionen des Lustrationsgesetzes und bereits existierender Gesetze. So ergibt sich etwa

eine Doppelung, indem Kandidaten für höhere Staatsposten gemäß dem Gesetz für die Vorbeugung und Bekämpfung der Korruption bereits einem speziellen Screening unterliegen. Die Kommission kommt zu dem Schluss, dass eine effektive Bekämpfung der Korruption eher durch eine spezielle Antikorruptionsgesetzgebung erfolgen sollte als durch das Lustrationsgesetz. Zweifelhafte sei zudem, dass Vertreter des Sowjetregimes noch 25 Jahre nach dem Ende der Sowjetunion eine Gefahr für den Aufbau der Demokratie darstellen sollen. Diese Annahme ist zum einen auf den langen Prozess der Verabschiedung dieses Gesetzes zurückzuführen – die Forderung nach einer »Durchleuchtung« des Staatsapparates ist so alt wie die Unabhängigkeit der Ukraine. Zum anderen sehen weite Teile der Bevölkerung den schlechten Zustand des ukrainischen Staatswesens, die Misserfolge beim Krieg im Osten sowie alles Schlechte im Allgemeinen vor allem als Ergebnis der Sabotage von Staatsangestellten an, deren Loyalität dem Nachbarn Russland gilt. Denn dieser Überzeugung zufolge gibt es keine ehemaligen KGB-Agenten.

### **Ausnahmen zum Wohl des Vaterlandes**

Die Führung des Landes handelt diesem Grundsatz zuwider. So hatte eine Änderung des Lustrationsgesetzes vom Januar 2015 das Ziel, hohe Offiziere in Armee, Nationalgarde und Grenztruppen auf Antrag und nach Genehmigung des Präsidenten wieder in den Dienst aufzunehmen oder sie gar nicht erst zu entlassen. Begründet werden muss dieser Schritt durch persönliche Bedeutung für die Verteidigungsfähigkeit des Landes. Mindestens sieben Generäle wurden den veröffentlichten Ukasen zufolge als derartig wichtig eingestuft.

Kritik am Gesetz selbst kommt natürlich aus den Reihen der Betroffenen beziehungsweise aus dem ehemaligen Regierungslager. Von dieser Seite wird eine kollektive Schuld für das blutige Ende der Regierungszeit Janukowytschs aus nachvollziehbaren Gründen nicht akzeptiert. Im Januar reichten 47 Parlamentsabgeordnete vor allem aus dem sogenannten Oppositionsblock vor dem Verfassungsgericht Klage gegen das Gesetz ein, das ihrer Meinung nach die Hälfte der Staatsbediensteten des Landes diskriminiert. »Wir sprechen davon, dass die Verfassung klar einen individuellen Charakter von Schuld und keine allgemeine Schuld festlegt, und die Verfassung verpflichtet dazu, die Menschenrechte zu befolgen, wenn vom Recht auf Ausübung des Berufs die Rede ist«, meinte beispielsweise Jurij Miroshnytschenko, der ehemalige Vertreter von Präsident Wiktor Janukowytsch im Parlament, am 22. Oktober 2015 gegenüber dem Sender Ukrajina. Hintergrund solcher Bemühungen ist es, die eigenen Chancen auf Regierungsposten nach den ersehnten und

auf das nächste Jahr vorgezogenen Parlamentswahlen nicht durch ein aus dem Lustrationsgesetz resultierendes Verbot zu schmälern. Das Verfassungsgericht selbst beeilt sich mit einem Urteil nicht. Seit Einreichung der Klage wurde ihre Prüfung mehrfach verschoben, auf der letzten Sitzung am 23. Oktober auf unbestimmte Zeit.

### Richter bleiben außen vor?

Dabei sind die Verfassungsrichter selbst vom Lustrationsprozess betroffen, zumindest nach Ansicht von Aktivisten und des Ministerpräsidenten Arseni Jazenjuk. Allein acht der derzeit 15 Richter wären demnach sofort zu entlassen. Allerdings weigern sich die Richter bisher, dieser Forderung nachzukommen. Hauptlustrator Jehor Sobolew wurde dabei auf der letzten Sitzung vom 23. Oktober vom Vorsitzenden Richter Jurij Baulin zurechtgewiesen: »Wir setzen die Sitzung fort und können diese Frage nicht jedes Mal prozessual prüfen. Ob es Ihnen gefällt oder nicht, so ist das Leben. Bislang gibt es noch 13 Richter im Verfassungsgericht und wir sind berechtigt, diese Angelegenheit zu prüfen. Gibt es kein Gericht, wird es auch keine Prüfung der Sache geben.«

Bis heute wurde kein Richter im Rahmen eines Lustrationsprozesses entlassen. Die 355 in diesem Jahr von der Rada entlassenen Richter sind alle aus anderen Gründen aus dem Amt geschieden. Darüber hinaus sind die derzeitigen Machthaber nicht in der Lage, die aufgrund von natürlicher Fluktuation vakanten 1.200 Richterposten zu besetzen. Offenbar fand Poroschenko, dem gemäß Artikel 128 der Verfassung die Ersternennung auf Vorschlag des Obersten Justizrates für fünf Jahre obliegt, in dem vorhandenen Bewerberpool von über 2.300 qualifizierten Juristen keinen gleichwertigen Ersatz.

Es wird nicht darüber diskutiert, wie vor diesem Hintergrund ein Ersatz für »lustrierte« Richter aussehen soll. Sobolew drohte derweil allen Richtern mit Lynchjustiz: »Das ist eine große Sabotage der Richter, sie drängen sich vor allem für Lynchgerichte auf. Wenn sie nicht auf zivilisierte Art lustriert werden, erwartet sie eine schreckliche Zukunft. Wir warnen sie bereits seit vielen Monaten und sie sprechen davon, dass wir ihnen drohen.« Vorher hatte er den Präsidenten über das für diese Art von Botschaften beliebte Facebook gewarnt: »Wenn das Gesetz über die Säuberung des Staatsdienstes zurückgenommen wird, werde ich als Gesetzgeber meine Zeit nicht weiter auf Gesetze verschwenden.«

Demgegenüber existiert beim Richterrat die Zahl von 4.998 von insgesamt etwa 7.500 Richtern, die das Lustrationsverfahren mit unterschiedlichem Ergebnis durchlaufen haben sollen; nur 60 hätten ihre Teilnahme verweigert, was zu ihrer sofortigen Entlassung geführt habe. Vor einer generellen Entlassung des Rich-

terkorps hatte allerdings auch Christos Giakoumopoulos, der Sondervertreter des Europaratssekretärs in der Ukraine, gewarnt, da mit diesem Vorgehen keine Basis für ein unabhängiges Justizsystem geschaffen würde. »Es kann nur eine individuelle Bewertung der Effektivität der Richter geben, nach der gegen einzelne Richter Sanktionen angewendet werden können. Das Prinzip der Unabhängigkeit des Gerichtssystems wird dabei eingehalten«, sagte er Anfang November 2015 gegenüber der Jewropejska Prawda.

Mit seinem Populismus steht Sobolew allerdings nicht allein da. Ministerpräsident Jazenjuk kündigte am 23. Oktober 2015 vor deutschen Investoren in Berlin eine Justizreform an. »Die Reform sieht unter anderem die Entlassung von 9.000 Richtern vor«, erklärte er dabei. Ähnliches kündigte er im Wahlkampf 2012 sowie vor und während der Maidanproteste gegen Janukowytsch an. Inzwischen ist er bereits mehr als eineinhalb Jahre im Amt.

### Reinwaschung durch fiktive Teilnahme an Antiterror-Operationen

Ein großes Schlupfloch zur Umgehung einer Entlassung gab es bereits von Anfang an. Erwartungsgemäß verschafften sich viele Staatsangestellte Bescheinigungen über eine Teilnahme an Kampfhandlungen im nach wie vor Antiterror-Operation genannten Krieg in der Ostukraine. Im April 2015 besaßen allein 419 Angehörige des Staatlichen Wachdienstes, der für den persönlichen Schutz von Politikern verantwortlich ist, einen solchen Nachweis, darunter auch ihr neuer alter Chef, Ex-Verteidigungsminister Walerij Heletej. Von ihm ist nicht anzunehmen, dass er mit der Waffe in der Hand gegen die Separatisten im Osten gekämpft hat.

Lediglich zwei Stellvertreter des Ministers für regionale Entwicklung, Bau und Wohnungswirtschaft bewahrte eine solche Bescheinigung nicht vor der Entlassung. Sie mussten nach der Aufdeckung eines Skandals durch einen Bericht des Senders Hromadske.tv abdanken. Andere sind bis heute im Dienst, beispielsweise Generalmajor Wolodymyr Pleschko von den Grenztruppen, der als Absolvent einer KGB-Hochschule hätte entlassen werden müssen. Der 54-Jährige weilte 2014 ganze 41 Stunden im gesicherten Teil der Zone der Antiterror-Operation (ATO) und erhielt danach eine Bescheinigung als ATO-Teilnehmer, wie der Lwiwer Kanal 24 nach seiner Ernennung zum Leiter des Westbereichs des Grenzschutzes im April berichtete. Bis 21. Oktober 2015 verblieb Pleschko auf diesem Posten, am 21. Oktober wurde er Lwiwer Lokalmedien zufolge beauftragt, die Verantwortung für den nichtkontrollierten Teil der ukrainischen Grenze im Osten zu übernehmen. Seinen Lebensstil – Schweizer Uhr, Maßanzug und Gelände-

wagen –, der nicht seinem offiziellen Einkommen entspricht, dürfte er bis heute nicht verändert haben.

Auf die gleiche Art verschaffte sich der stellvertretende Leiter der Hauptverwaltung für den Kampf gegen Korruption und organisiertes Verbrechen beim Geheimdienst, Wassyl Pisman, einen Freifahrtschein. Drei Tage verbrachte der damalige Leiter der Abteilung des staatlichen Dienstes für die Bekämpfung von Wirtschaftsverbrechen beim Innenministerium im Kriegsgebiet im Osten. Für seine Ernennung im März waren weder seine recht fragwürdige Biografie noch die für einen ausschließlich im Staatsdienst Beschäftigten zu hohen Vermögenswerte inklusive mehrerer Häuser hinderlich. Zum Stolperstein könnte einzig die Aufmerksamkeit werden, die ihm zuteilwurde, als er während der Sitzung des Antikorruptionsausschusses am 19. November vom Parlamentsrüpel Wolodymyr Parassjuk gegen den Kopf getreten wurde.

Die recht freizügige und problemlose Vergabe von ATO-Bescheinigungen an hohe Staatsangestellte wirkt vor allem für einfache Soldaten und ihre Angehörigen wie ein Hohn. Sie müssen teilweise monatelang um ihre Papiere kämpfen, um am Ende zumindest ein paar Hrywnja Kompensation für die Zeit an der Front oder sogar für erlittene Verletzungen zu bekommen. Ganz zu schweigen von Hinterbliebenen.

### **Geheimdienst lässt sich nicht »durchleuchten«**

Pisman kam wohl nicht ganz zufällig bei der KGB-Nachfolgeorganisation, dem Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU), unter. Die Anwendung des Gesetzes auf einen der Machtpfeiler des Präsidenten erfolgt im Fall einer KGB-Vergangenheit noch freizügiger als bei anderen Institutionen. Nach Inkrafttreten des Gesetzes hätte sich der Chef des SBU Walentyn Nalywajtschenko eigentlich als erstes selbst entlassen müssen. Am 19. November 2014 wurde seine Erklärung über das Nichtzutreffen der Lustrationskriterien auf seine Person registriert. Vorher, am 24. Oktober 2014, hatte er zu seiner Entlastung durch seinen Sprecher Markijan Lubkiwskij Materialien aus seiner SBU-Personalakte veröffentlichen lassen, die belegen sollen, dass er die KGB-Hochschule für Auslandsaufklärung in Moskau zwar besucht, aber nicht abgeschlossen hat – was er 2008 in einem Interview allerdings behauptet hatte. Drei Jahre KGB-Institut und die vorangegangene Unterrichtung ausländischer Studenten in Kiew machen eine KGB-Tätigkeit jedoch mehr als wahrscheinlich, weshalb er infolge der Lustration hätte entlassen werden müssen. Nalywajtschenko konnte jedoch bis zum 18. Juni 2015 weiterarbeiten und wurde erst geschasst, als er Poroschenko unbequem zu werden begann.

Bei seinem Nachfolger Wassyl Hryzak wurde die Überprüfung im Dezember 2014 eingeleitet, als er noch Erster Stellvertreter des SBU-Chefs war. Bis heute gibt es kein öffentlich einsehbares Ergebnis des Checks, dennoch wurde Hryzak zum Geheimdienstchef ernannt. Dabei beginnt sein Werdegang allen inoffiziellen Biografien zufolge beim KGB der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik. Mehr noch: Stimmt die Behauptung des im Exil lebenden Juristen Janukowytschs Andrij Portnow, dann hat Hryzak während der Maidanproteste als Berater des damaligen SBU-Chefs Olexandr Jakymenko gearbeitet. Als hoher Offizier, der an rechtswidrigen Handlungen gegen die Demonstranten beteiligt war und damit der Lustration unterläge, hätte Poroschenko ihn nicht ernennen dürfen. Zudem lässt sich bereits an seiner Kleidung ein nicht seinem Einkommen entsprechender Lebensstil ablesen. Im Zweifel wird Poroschenko ihn aber als unabkömmlich für die Landesverteidigung erklären. Für seine aktuellen Stellvertreter Witalij Malikow und Wiktor Trepak gibt es ebenfalls keine Lustrationsergebnisse, dabei hätten auch sie nach Artikel 2 vor ihrer Ernennung den Lustrationsprozess durchlaufen müssen.

Andere mutmaßliche KGB-Agenten hatten weniger Glück. Dem als großem Reformen angekündigten Ex-Manager von Microsoft Olexander Borowik wurde das Lustrationsgesetz wohl zum Verhängnis. Er hat nach eigenen Angaben dreieinhalb Jahre an der Hochschule des KGB studiert. Damit konnte er zwar vom 20. Februar bis in den Mai drei Monate als Berater des Wirtschaftsministers Aivaras Abromavicius agieren, die Position des Ersten Stellvertreters, auf der er sich bereits sah, blieb ihm jedoch wegen angeblich nicht konstruktiven Verhaltens verwehrt. Nunmehr versucht er mit zweifelhaftem Erfolg sein Glück als Stellvertreter des in Odessa angedockten ehemaligen georgischen Präsidenten Michail Saakaschwili.

Ihre KGB-Wurzeln sind jedoch nicht das einzige Lustrationskriterium, unter das viele SBU-Mitarbeiter fallen. Bei einer Anwendung des Gesetzes würde das Auseinanderfallen ihres offiziellen Einkommens von höchstens ein paar Hundert Euro im Monat und des Fahrens großer repräsentativer Geländewagen für mehrere Zehntausend Euro einige leitende Mitarbeiter den Job kosten. Ähnliches stellten die Journalisten von Schemy auch für die Generalstaatsanwaltschaft fest. Doch anscheinend ist die Geheimdienstbehörde mit ihren knapp 30.000 Mitarbeitern weiterhin wichtig, um Listen ausländischer Journalisten zusammenzustellen, Telefongespräche für spätere Erpressungen aufzuzeichnen oder »Wehrkraftzersetzer« wie Ruslan Kozaba auf unbestimmte Zeit in Untersuchungshaft zu stecken und so dafür zu sorgen, dass die Ukraine, wie in der Hoch-

zeit des KGB, wieder in der Liste der Länder mit politischen Gefangenen auftaucht. Die wirklichen Gefahren für das Land, die zur Annexion der Krim führten, oder die von Russland gesteuerten Separatisten hat der Dienst nicht einmal ansatzweise bekämpft.

### **Hat jemand vor, die Korruption zu bekämpfen?**

Eine Abteilung für Korruptionsbekämpfung haben allerdings nicht nur das Innenministerium und der Geheimdienst. Mit großen Erwartungen wurde das Nationale Antikorruptionsbüro gegründet. Doch bisher fiel ihr im April über ein aufwendiges Auswahlverfahren gewählter Chef, der 36-jährige Artem Sytnyk vor allem durch die Mitnahme seiner Frau zu einer Dienstreise nach London auf Staatskosten auf. Auch war es kein Hinderungsgrund, dass der neue Verfolger korrupter ukrainischer Staatsbediensteter im gesamten Jahr 2014 als Anwalt einer Kanzlei im Zentrum Kiews angeblich nur 23.500 Hrywnja, also weniger als 1.500 Euro, verdient hat. Arbeit haben die teils noch einzustellenden Detektive des Büros jedenfalls zuhauf und sie haben angekündigt, dabei auch auf journalistische Recherchen zurückgreifen zu wollen.

Ein Ernsthaftigkeitstest für die Bemühungen des neuen Büros könnte dabei die Zentrale Wahlkommission sein. Die Lustration ihrer 15 Mitglieder und ihres Apparats begann am 1. Dezember 2014 und sollte bis 31. Mai 2015 abgeschlossen sein. Sichtbare Ergebnisse blieben für alle Mitglieder jedoch aus. Dennoch erhielt der 42-jährige Wahlkommissionschef Mychailo Ochendowskyj, Mitglied der Wahlkommission seit 2004 und ihr Chef seit 2013, am 28. Juni 2015 von Präsident Petro Poroschenko den Jaroslaw-Mudry-Orden, unter anderem für die hohe Professionalität seiner Arbeit. Die hatte er unter anderem bei den manipulierten Kommunalwahlen im Oktober 2010 gezeigt. Sein dem Einkommen eines Staatsbediensteten nicht entsprechendes Anwesen konnten die Ukrainer vor einem Jahr als Luftaufnahme bestaunen.

### **Warten auf Reformergebnisse**

Der erhoffte schnelle Befreiungsschlag blieb also aus und die sogenannte Lustration droht, zu einem langwierigen

und zähen Ringen zwischen Staatsapparat und Anhängern der Lustration zu werden. Dabei wird die ukrainische Gesellschaft immer ungeduldiger. Bereits im Juli 2015 waren dem Rasumkow-Zentrum zufolge knapp 60 Prozent der Ukrainer nicht mehr bereit, auf Reformen zu warten (s. Ukraine-Analysen Nr. 156), entweder weil ihre wirtschaftliche Lage das nicht zulässt oder weil sie nicht mehr an den Erfolg von Reformen glauben. Mehr als zwei Drittel der Ukrainer waren im Juni zudem davon überzeugt, dass die Regierung die Lustration nur imitiert, und weitere 16 Prozent bezweifelten, dass überhaupt eine Form von »Reinigung« des Staatsapparates stattfindet.

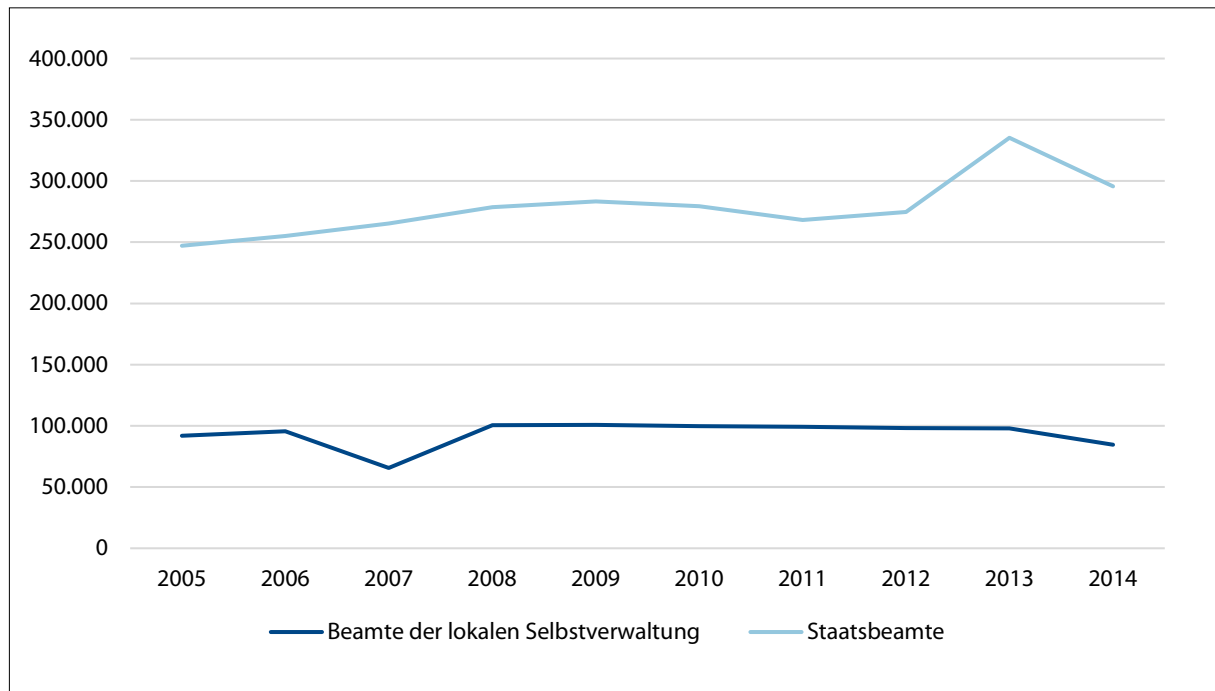
Mehr als nur eine Warnung für die derzeitigen Machthaber waren die Zusammenstöße vor dem Parlament am 31. August 2015, bei denen es zu einem Handgranatwurf kam und bei denen vier Nationalgardisten getötet und Dutzende verletzt wurden. Auch wenn der eigentliche Auslöser der Zusammenstöße die geplanten Verfassungsänderungen im Rahmen des Minsk-Prozesses waren, die mit über 30 Prozent von einem nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung abgelehnt werden, so ertönte auch der Ruf nach einer »Volkslustration«, unter der nur Lynchmord oder Massenerschießungen verstanden werden können. Die Ereignisse geben dabei einen Vorgeschmack darauf, was sich aus einer fortdauernden Unvereinbarkeit von geweckten Erwartungen und realen Möglichkeiten ergeben könnte. Die Erfolge der Partei Swoboda (Freiheit) bei den Kommunalwahlen deuten zumindest darauf hin, dass die von führenden Parteimitgliedern vor der Rada eingesetzten Methoden im nationalistischen Wählerumfeld keinen Makel darstellen. Eher das Gegenteil ist der Fall. Auch wenn politische Figuren vom Format Oleh Ljaschkos, Woldymyr Parassjuks oder auch Jehor Sobolews sich immer schneller verbrauchen, besteht ständig die Gefahr einer Instrumentalisierung des herrschenden Unmuts – vor allem angesichts der beständig schlechten wirtschaftlichen Lage ohne Aussicht auf spürbare Verbesserungen in absehbarer Zeit.

#### *Über den Autor:*

Andreas Stein lebt als Journalist in Kiew und ist Herausgeber der Website [Ukraine-Nachrichten.de](http://Ukraine-Nachrichten.de)

## Ausgewählte Angaben zum Staatsdienst in der Ukraine

**Grafik 1: Anzahl der Beschäftigten im Staatsdienst und der lokalen Selbstverwaltung in der Ukraine in den Jahren 2005–2014**



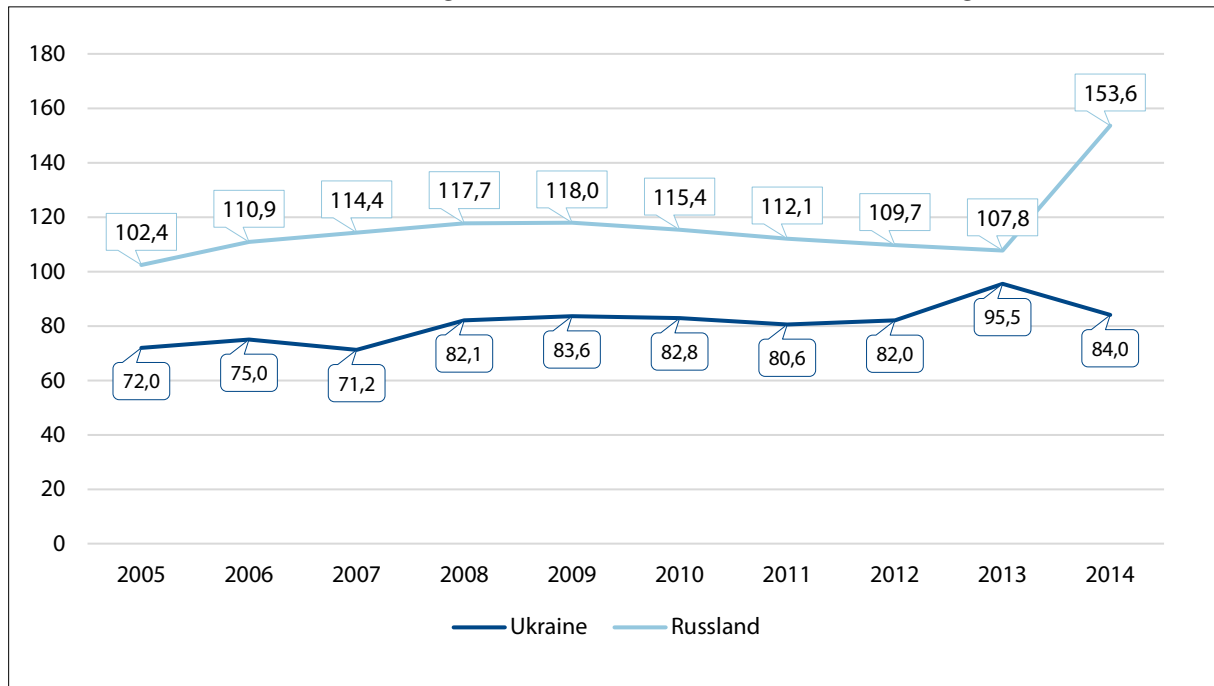
Quelle: Nationale Agentur der Ukraine für den öffentlichen Dienst, <[http://www.center.gov.ua/attachments/article/26/CSF\\_2015\\_UKR.pdf](http://www.center.gov.ua/attachments/article/26/CSF_2015_UKR.pdf)>.

**Tabelle 1: Anzahl der Beschäftigten im Staatsdienst und der lokalen Selbstverwaltung in der Ukraine in den Jahren 2005–2014**

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Gesamt	339.016	350.770	330.930	379.289	384.197	379.283	367.308	372.856	433.269	380.257
Beamte der lokalen Selbstverwaltung	91.925	95.641	65.615	100.582	100.789	99.783	99.204	98.117	97.999	84.548
Staatsbeamte	247.091	255.129	265.315	278.707	283.408	279.500	268.104	274.739	335.270	295.709

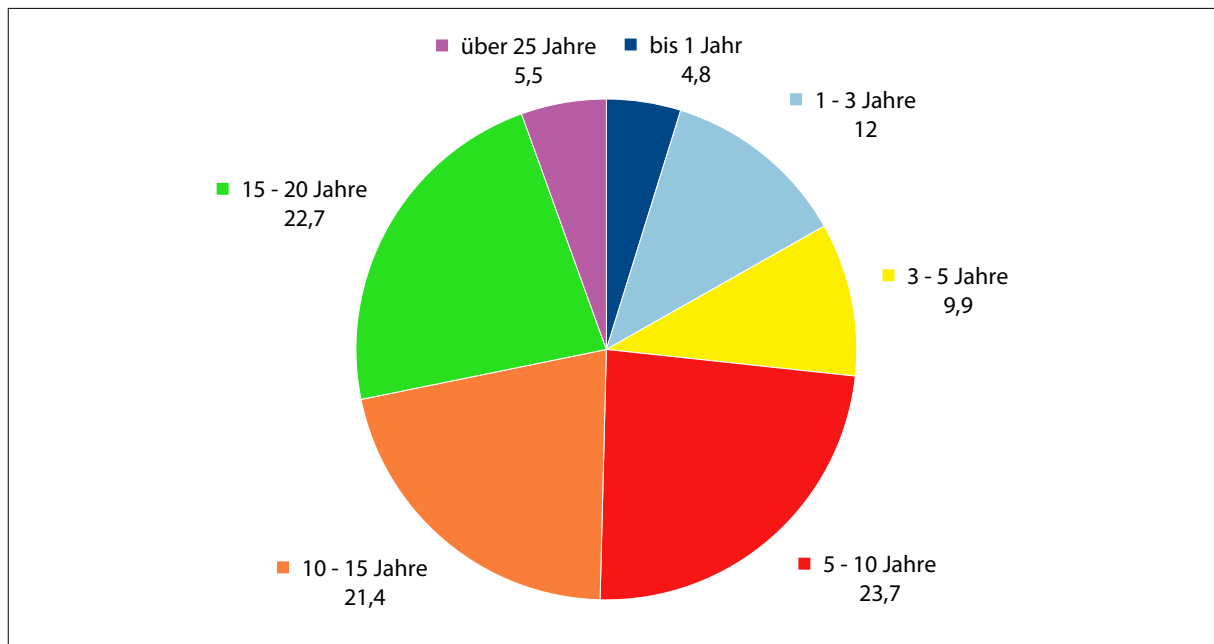
Quelle: Nationale Agentur der Ukraine für den öffentlichen Dienst, <[http://www.center.gov.ua/attachments/article/26/CSF\\_2015\\_UKR.pdf](http://www.center.gov.ua/attachments/article/26/CSF_2015_UKR.pdf)>.

**Grafik 2: Anzahl der Beschäftigten im Staatsdienst und der lokalen Selbstverwaltung pro 10.000 der Bevölkerung in der Ukraine und in Russland im Vergleich**



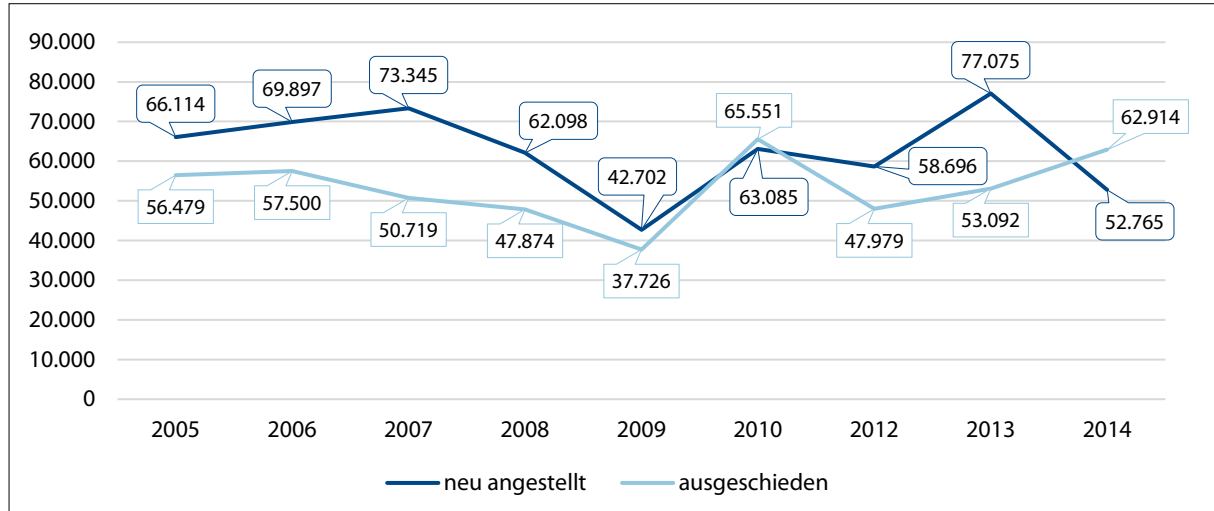
Quelle: Berechnungen der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben der Nationalen Agentur der Ukraine für den öffentlichen Dienst <[http://www.center.gov.ua/attachments/article/26/CSF\\_2015\\_UKR.pdf](http://www.center.gov.ua/attachments/article/26/CSF_2015_UKR.pdf)>, des Staatlichen Dienstes für Statistik der Ukraine <<http://ukrstat.gov.ua/>> und des Föderalen Dienstes für Staatliche Statistik der Russischen Föderation <[http://www.gks.ru/free\\_doc/new\\_site/gosudar/gos-post1.xls](http://www.gks.ru/free_doc/new_site/gosudar/gos-post1.xls)>.

**Grafik 3: Staatsbeamte nach Dienstalter (Stand: 1. Januar 2015), %**

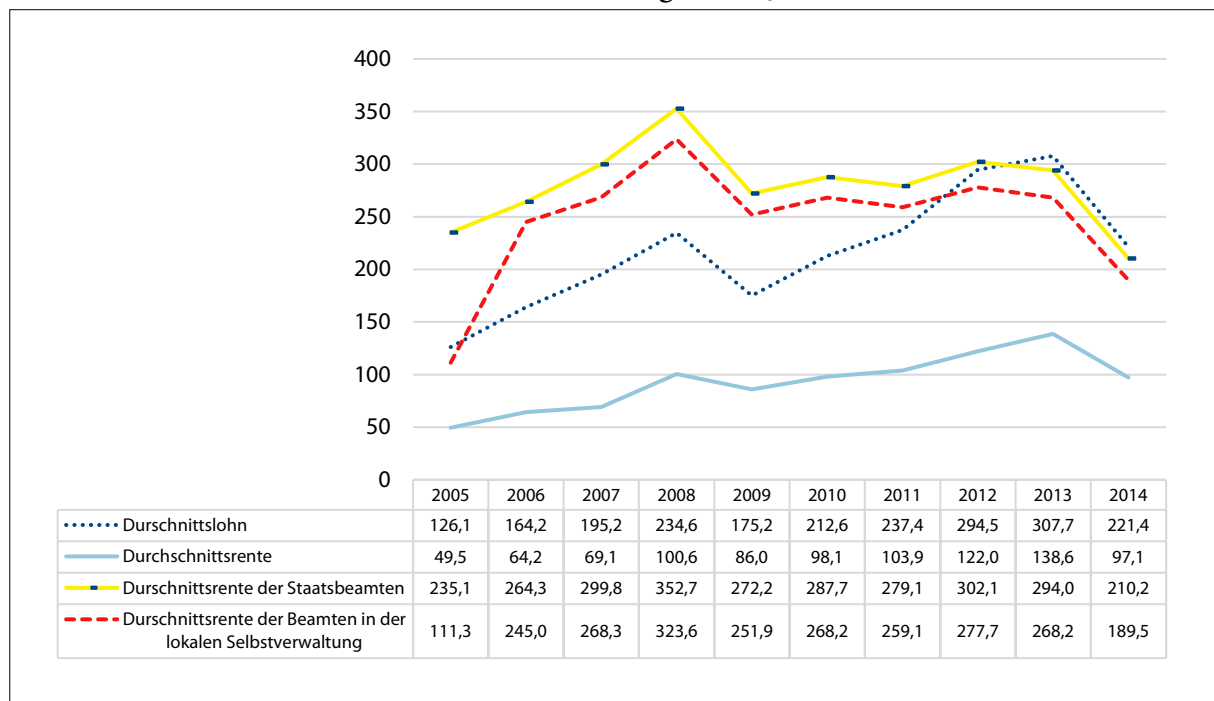


Quelle: Nationale Agentur der Ukraine für den öffentlichen Dienst, <[http://www.center.gov.ua/attachments/article/26/CSF\\_2015\\_UKR.pdf](http://www.center.gov.ua/attachments/article/26/CSF_2015_UKR.pdf)>



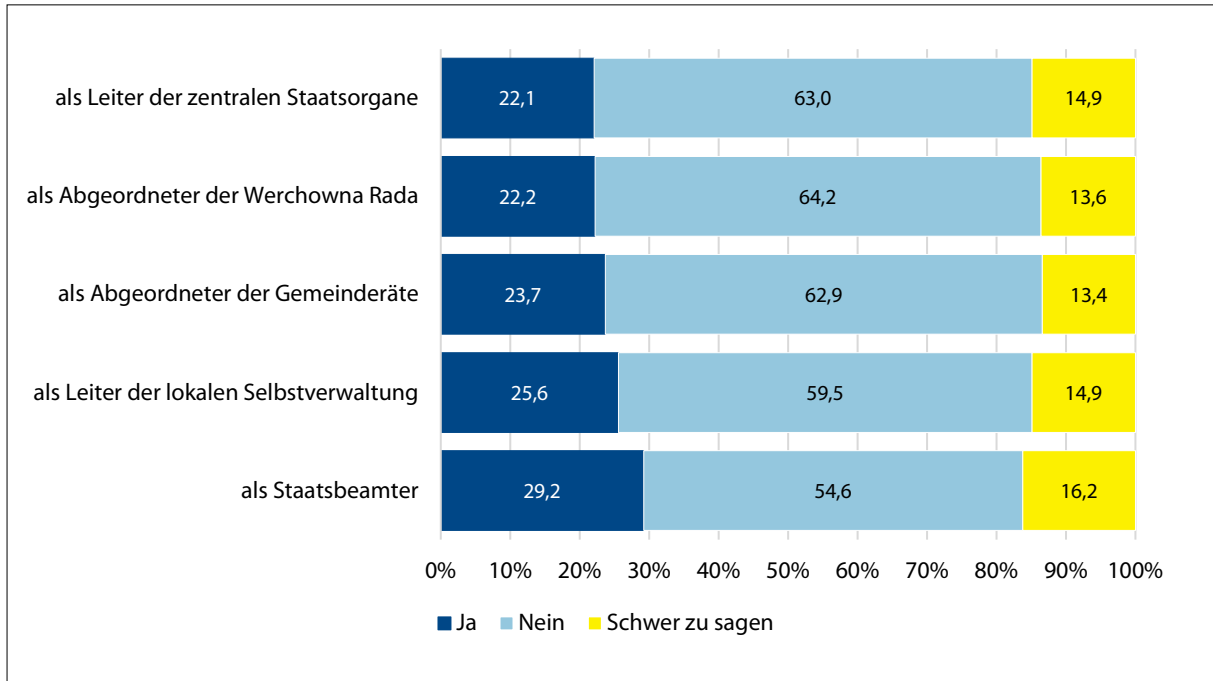
**Grafik 4: Anzahl der neuangestellten und ausgeschiedenen Beamten in den Jahren 2005–2014**

Quelle: Nationale Agentur der Ukraine für den öffentlichen Dienst, <[http://www.center.gov.ua/attachments/article/26/CSF\\_2015\\_UKR.pdf](http://www.center.gov.ua/attachments/article/26/CSF_2015_UKR.pdf)>

**Grafik 5: Entwicklung der monatlichen Durchschnittsrente der Staatsbeamten und der Beamten in der lokalen Selbstverwaltung in den Jahren 2005–2014, Euro**

Anmerkung: Die Daten entsprechen offiziellen Angaben. Ob die reale Durchschnittsrente der Beamten den hier angegebenen Daten entspricht, ist nach Meinung der Redaktion der Ukraine-Analysen fraglich.

Quelle: Nationale Agentur der Ukraine für den öffentlichen Dienst, <[http://www.center.gov.ua/attachments/article/26/CSF\\_2015\\_UKR.pdf](http://www.center.gov.ua/attachments/article/26/CSF_2015_UKR.pdf)>; Ukraine-Analysen Nr. 153, S. 16, <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen153.pdf>>. Berechnungen der Redaktion der Ukraine-Analysen.

**Grafik 6: Möchten Sie, dass Sie selber oder Ihre Kinder im Staatsdienst wären? (Mai 2015, %)**

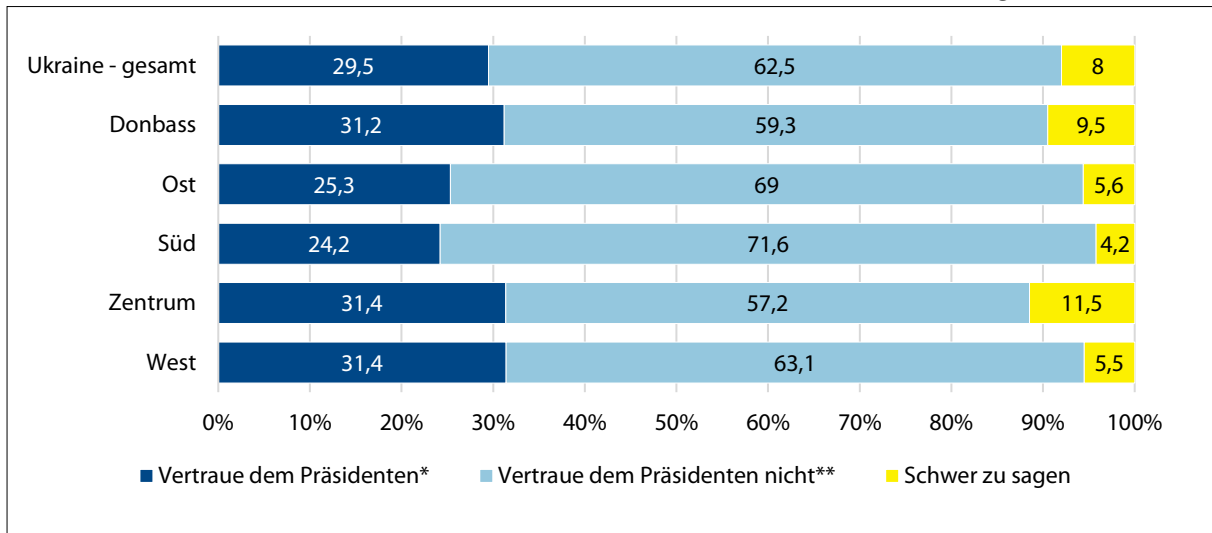
Anmerkung: Die Umfrage wurde in allen Regionen der Ukraine außer der Krim und den von der ukrainischen Regierung nicht kontrollierten Gebieten im Donbass durchgeführt.

Quelle: repräsentative Umfrage des Rasumkow-Zentrums von 29. April bis 5. Mai 2015, <[http://razumkov.org.ua/ukr/files/category\\_journal/nsd%206%207%202015.pdf](http://razumkov.org.ua/ukr/files/category_journal/nsd%206%207%202015.pdf)>, S. 110.

## UMFRAGE

## Vertrauen in die politischen Institutionen im Juli 2015

Grafik 1: Das Vertrauen in den Präsidenten der Ukraine im Juli 2015 nach Regionen, %



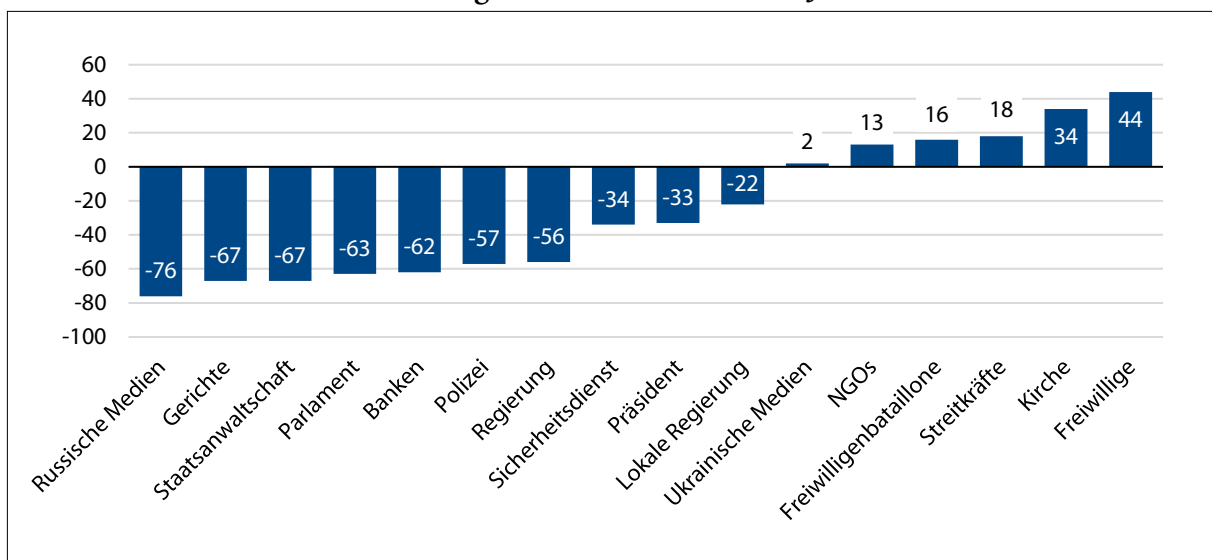
\*Summe der Antworten »Vertraue dem Präsidenten völlig« und »Vertraue dem Präsidenten eher«

\*\*Summe der Antworten »Vertraue dem Präsidenten gar nicht« und »Vertraue dem Präsidenten eher nicht«

Anmerkung: Die Umfrage wurde in allen Regionen der Ukraine außer der Krim und den von der ukrainischen Regierung nicht kontrollierten Gebieten im Donbass durchgeführt.

Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds Demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 22. bis zum 27. Juli 2015, <[http://dif.org.ua/ua/publications/press-relizy/komu-bilshe-dovirjayut-ukrainci--vladi\\_-gromadskosti\\_-zmi\\_\\_\\_\\_.htm](http://dif.org.ua/ua/publications/press-relizy/komu-bilshe-dovirjayut-ukrainci--vladi_-gromadskosti_-zmi____.htm)>

Grafik 2: Vertrauensbalance\* in ausgewählte Institutionen im Juli 2015, %

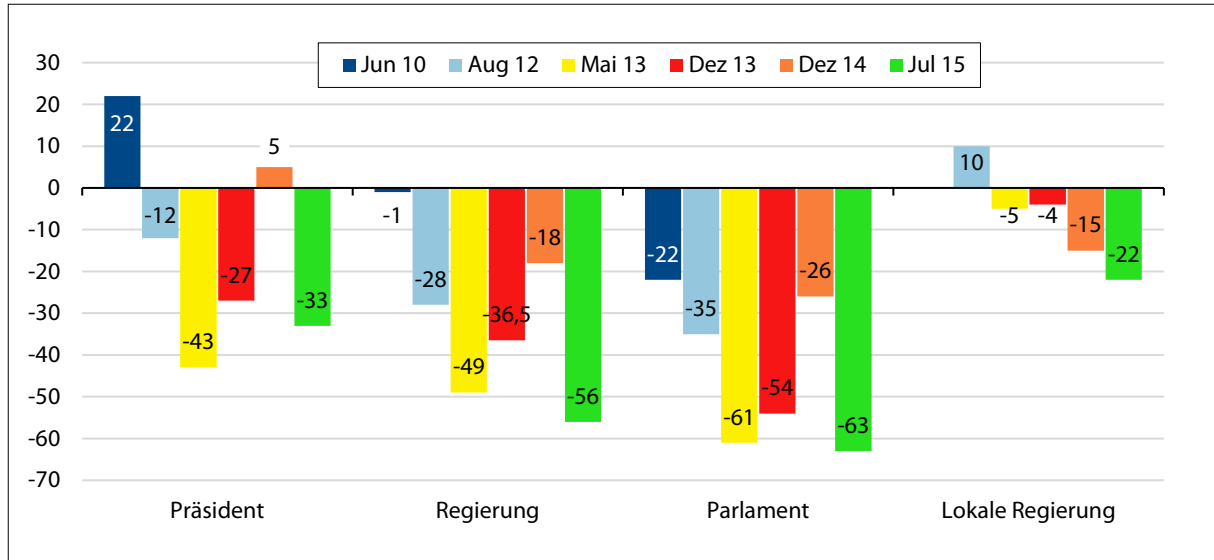


\*Differenz zwischen den Antworten »Vertraue [der Institution] völlig«/»Vertraue [der Institution] eher« und »Vertraue [der Institution] gar nicht«/»Vertraue [der Institution] eher nicht«

Anmerkung: Die Umfrage wurde in allen Regionen der Ukraine außer der Krim und den von der ukrainischen Regierung nicht kontrollierten Gebieten im Donbass durchgeführt.

Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds Demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 22. bis zum 27. Juli 2015, <[http://dif.org.ua/ua/publications/press-relizy/komu-bilshe-dovirjayut-ukrainci--vladi\\_-gromadskosti\\_-zmi\\_\\_\\_\\_.htm](http://dif.org.ua/ua/publications/press-relizy/komu-bilshe-dovirjayut-ukrainci--vladi_-gromadskosti_-zmi____.htm)>

**Grafik 3: Wie groß ist Ihr Vertrauen in die folgenden Institutionen? (Vertrauensbalance\*, in %)**

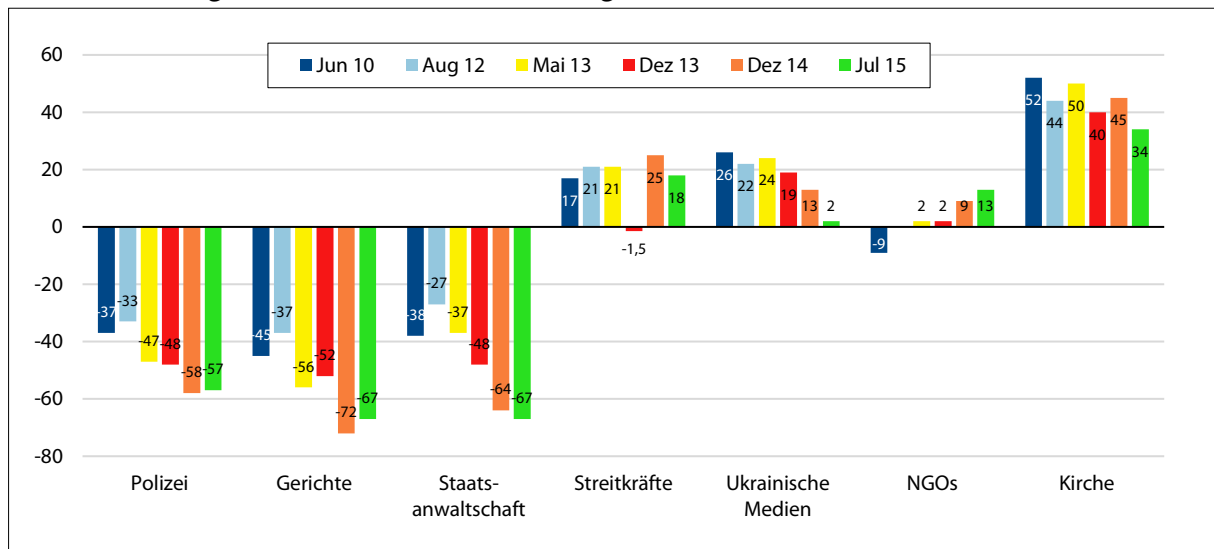


\*Differenz zwischen den Antworten »Vertraue [der Institution] völlig«/»Vertraue [der Institution] eher« und »Vertraue [der Institution] gar nicht«/»Vertraue [der Institution] eher nicht«

Anmerkung: Die Umfrage wurde in allen Regionen der Ukraine außer der Krim und den von der ukrainischen Regierung nicht kontrollierten Gebieten im Donbass durchgeführt.

Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds Demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 22. bis zum 27. Juli 2015, <[http://dif.org.ua/ua/publications/press-relizy/komu-bilshe-dovirjayut-ukrainci--vladi\\_-gromadskosti\\_-zmi\\_\\_\\_\\_.htm](http://dif.org.ua/ua/publications/press-relizy/komu-bilshe-dovirjayut-ukrainci--vladi_-gromadskosti_-zmi____.htm)>

**Grafik 4: Wie groß ist Ihr Vertrauen in die folgenden Institutionen? (Vertrauensbalance\*, in %)**



\*Differenz zwischen den Antworten »Vertraue [der Institution] völlig«/»Vertraue [der Institution] eher« und »Vertraue [der Institution] gar nicht«/»Vertraue [der Institution] eher nicht«

Anmerkung: Die Umfrage wurde in allen Regionen der Ukraine außer der Krim und den von der ukrainischen Regierung nicht kontrollierten Gebieten im Donbass durchgeführt.

Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds Demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 22. bis zum 27. Juli 2015, <[http://dif.org.ua/ua/publications/press-relizy/komu-bilshe-dovirjayut-ukrainci--vladi\\_-gromadskosti\\_-zmi\\_\\_\\_\\_.htm](http://dif.org.ua/ua/publications/press-relizy/komu-bilshe-dovirjayut-ukrainci--vladi_-gromadskosti_-zmi____.htm)>

## 9. – 22. November 2015

09.11.2015	Der ukrainische Generalstab beklagt, dass die Separatisten Stellungen der ukrainischen Armee angriffen. Die OSZE-Beobachtermission registriert in einigen Regionen des Gebietes Donezk Explosionen und Schüsse aus Handfeuerwaffen – sowohl in Gebieten, die von den Separatisten kontrolliert werden als auch in solchen, die unter der Kontrolle der ukrainischen Seite stehen.
09.11.2015	Energieminister Wolodymyr Demtschyschyn erklärt, die Zuschaltung eines Blocks im Kernkraftwerk Riwenk zum Stromnetz erlaube, den Elektrizitätsimport aus Russland einzustellen. Dies kündigt er für den 11. November 2015 an.
10.11.2015	Die OSZE-Beobachtermission berichtet von intensivierten Schusswechseln und Explosionen an einigen Stellen entlang der Frontlinie im Donbass. Beide Konfliktparteien hatten beklagt, die jeweils andere habe Waffen eingesetzt, die nach den Minsker Vereinbarungen von der Frontlinie hätten abgezogen werden müssen.
10.11.2015	Die Sängerin Slata Ognewitsch, die 2014 über die Liste der Radikalen Partei ins Parlament eingezogen war, legt ihr Mandat nieder. Sie sei Abgeordnete geworden, um Gesetze zur Kulturförderung zu beschließen, erklärt sie. Stattdessen würden im Parlament unpopuläre Gesetze entworfen, die lediglich den Interessen politischer Clans dienen. An ihre Stelle rückt die Juristin Tatjana Juskowa, die Tochter des verstorbenen ehemaligen Vorsitzenden des Verfassungsgerichts Leonid Juskow.
10.11.2015	Das Parlament nimmt in zweiter Lesung ein umstrittenes Gesetz zur Neuregelung der staatlichen Beschlagnahme von veruntreuten Finanzmitteln an. Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk und Vertreter des Justizministeriums kritisieren die verabschiedete Version scharf. Sie erfülle nicht die Anforderungen der EU. Das Gesetz gehört zu einem Paket, das die EU zur Bedingung für die Abschaffung der Visumpflicht gemacht hat.
10.11.2015	Das Parlament setzt nachträgliche Lokalwahlen in Mariupol und Krasnoarmijsk für den 29. November 2015 an. Dort waren bei den Lokalwahlen am 25. Oktober 2015 Unregelmäßigkeiten aufgetreten, weshalb die Wahlen abgesagt wurden.
10.11.2015	Ein Kiewer Verwaltungsgericht erklärt die Anordnung der staatlichen Regulierungskommission für Energiefragen über die Erhöhung des Gaspreises für ungültig. Bei der Entscheidung am 3. März 2015 habe es Verfahrensfehler gegeben. Die Erhöhung war Teil der Vereinbarung der Ukraine mit dem Internationalen Währungsfonds und eine der Bedingungen für Hilfskredite.
11.11.2015	Dmytro Jarosch tritt von seiner Position als Anführer des rechtsradikalen Rechten Sektors zurück. Er begründet den Schritt mit ideologischen Differenzen zwischen ihm und einigen anderen Vorstandsmitgliedern.
11.11.2015	Der Chef des staatlichen Energiekonzerns Naftohaz, Andryj Kobolew, berichtet, er werde mit dem Internationalen Währungsfonds eine mögliche Absenkung des Erdgashöchstpreises für Endverbraucher für den Fall verabreden, dass der Einkaufspreis unter 209 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter fällt. Der mit dem IWF vereinbarte Höchstpreis liegt zurzeit bei 7.188 Hrywnja. Sollte der Einkaufspreis sinken, ergäbe sich die Möglichkeit einer Reduktion des Endverbraucherpreises, so Kobolew.
11.11.2015	Präsident Petro Poroschenko erteilt den Truppen der ukrainischen Armee den Befehl, im Falle eines Angriffs der Separatisten das Feuer zu erwidern. Der ukrainische Generalstab hatte wiederholt Attacken der separatistischen Truppen auf Stellungen der ukrainischen Armee gemeldet. Die OSZE-Beobachtermission hatte jedoch auch auf Territorium, das von Separatisten kontrolliert wird, Einschläge von Geschossen registriert.
11.11.2015	Im Gebiet Saporischschja stürzt ein Kampfflugzeug der ukrainischen Luftwaffe bei einem Trainingsflug ab. Der Pilot kommt ums Leben. Zur Ursache werden noch keine Angaben gemacht.
12.11.2015	Das Parlament stimmt nach mehreren erfolglosen Versuchen für eine neue Version des Arbeitsgesetzbuches, mit der die Diskriminierung am Arbeitsplatz aufgrund der sexuellen Orientierung verboten wird. Parlamentssprecher Wolodymyr Hrojsman, der sich für diese Änderung eingesetzt hatte, erklärt, dies werde nicht dazu führen, dass in der Ukraine gleichgeschlechtliche Ehen ermöglicht würden. Viele Abgeordnete hatten die Unterstützung für das Gesetz mit dem Hinweis verweigert, es schade den traditionellen Familienwerten. Die Antidiskriminierungsnorm ist Teil des Gesetzespakets, das die EU zur Bedingung für die Aufhebung der Visumpflicht gemacht hatte.
12.11.2015	Das Parlament verabschiedet ein Dokument, das die Deportation der Krimtataren unter Stalin im Jahr 1944 als Genozid bezeichnet. Der 18. Mai wird zum Gedenktag des Genozids an den Krimtataren erklärt.
12.11.2015	Per Gesetz ruft das Parlament eine neue Strafverfolgungsbehörde ins Leben. Das neue »Staatliche Ermittlungsbüro« ist für die Verfolgung von organisierter Kriminalität, für Ermittlungen bei Verbrechen von staatlichen Organen sowie für Kriegsverbrechen zuständig.
13.11.2015	Im Grenzgebiet zwischen der Slowakei und der Ukraine wird ein ziviler Helikopter gefunden, der dort am 11. November 2015 abgestürzt war. Nach Behördenangaben kamen dabei alle sechs Insassen ums Leben – zwei Ukrainer und vier Personen aus »Südostasien«. Die Behörden vermuten, es habe sich um einen Fall illegaler Migration gehandelt.

13.11.2015	Bei dem Ort Sajzewe im Gebiet Donezk kommt es zu einem Schusswechsel zwischen der ukrainischen Armee und separatistischen Truppen. Insgesamt verschärft sich die Situation im Donbass, wo seit Anfang September 2015 ein relativ stabiler Waffenstillstand anhielt und beide Seiten schwere Waffen von der Frontlinie abzogen. Der Chef der OSZE-Beobachtermission, Ertugrul Apakan, ruft beide Seiten dazu auf, die bisher erreichten Fortschritte nicht aufzugeben.
14.11.2015	Im Zusammenhang mit den Terroranschlägen in Paris ordnet Präsident Petro Poroschenko für die kommenden zwei Wochen erhöhte Sicherheitsmaßnahmen für Flughäfen und in Stadtzentren an.
14.11.2015	Die ukrainische Armee meldet nach mehreren Wochen relativer Stabilität zum ersten Mal wieder mehrere Tote im Krieg im Donbass. Bei den Schusswechseln seien keine schweren Waffen zum Einsatz gekommen.
15.11.2015	Der Verwaltungschef des Gebietes Luhansk, Georgij Tuka, erklärt in einem Twitter-Post angesichts der jüngsten Eskalation des Konflikts im Donbass, dass der Minsk-Prozess möglicherweise gescheitert sei.
15.11.2015	Präsident Petro Poroschenko verleiht dem georgischen Staatsbürger George Grigalashwili die ukrainische Staatsbürgerschaft. Der nimmt daraufhin ein führendes Amt in der neu geschaffenen Polizei an. Er wurde auf Anraten der Polizeichefin Chatia Dekanonidse auf den Posten berufen, da er bereits bei der Umstrukturierung der georgischen Polizei gute Resultate erzielt habe.
15.11.2015	Zwischen der »Volksrepublik Donezk« und der ukrainischen Armee findet ein Gefangenenaustausch statt. Je zwei Gefangene kommen frei.
15.11.2015	In mehreren ukrainischen Städten mit über 90.000 Einwohnern findet eine Stichwahl der Bürgermeister statt. Nach Angaben der Wahlbeobachterorganisation OPORA liegt die Wahlbeteiligung im Mittel unter 35 %.
16.11.2015	Das reale Bruttoinlandsprodukt ist um sieben Prozent geringer als im gleichen Quartal des Jahres 2014.
16.11.2015	In Lwiw wird der amtierende Bürgermeister Andryj Sadowyj mit 61 % der Stimmen wiedergewählt. Auch in Kiew erhält Amtsinhaber Witalij Klitschko in der Stichwahl mit 67 % der Stimmen die absolute Mehrheit.
16.11.2015	Der russische Präsident Wladimir Putin erklärt, Russland sei zu einer Restrukturierung des Kredits bereit, den es der Ukraine im Jahr 2013 gewährt und dessen erste Tranche in Höhe von drei Milliarden US-Dollar es bereits ausgezahlt hat. Zunächst hatte Russland die fristgerechte Rückzahlung bis Ende 2015 verlangt, die Ukraine hatte hingegen auf einer Laufzeitverlängerung bestanden. Putin bietet nun an, dass in den Jahren 2016 bis 2018 je eine Milliarde US-Dollar zurückgezahlt werden könne. Dazu verlangt er, dass die westlichen Staaten die Kreditfähigkeit des ukrainischen Staates garantieren.
16.11.2015	Der ukrainische Generalstab weist Informationen zurück, nach denen es am 7. November 2015 bei Gefechten im Donbass Tote gegeben habe. Das sei nicht der Fall, so ein Pressesprecher.
17.11.2015	In Krywyj Rih im Gebiet Dnipropetrowsk wird Jurij Wilkul, der Kandidat des Oppositionsblocks, zum Sieger der Stichwahl um das Bürgermeisteramt erklärt. Offiziell hat er 752 Stimmen Vorsprung vor dem Kandidaten der Partei Selbsthilfe, Jurij Miloboh. Die Partei Selbsthilfe beklagt, dass in fünf Wahllokalen Fälschungen stattgefunden hätten. Zwei Abgeordnete der Partei Volksfront berichten, es gäbe bereits Ermittlungen. Abends versammeln sich Unterstützer beider Kandidaten zu Demonstrationen in der Stadt.
17.11.2015	Die OSZE-Beobachtermission berichtet, dass ihre Vertreter in den vergangenen Tagen auf beiden Seiten der Frontlinie zahlreiche Explosionen und Gewehrsalven registriert hätten. Um den Flughafen von Donezk habe es etwa 200 Detonationen gegeben.
17.11.2015	Die Staatsanwaltschaft erklärt, dass für die gewaltsame Auflösung der Proteste für einen europäischen Kurs der Ukraine am 30. November 2013 der ehemalige Präsident Wiktor Janukowytsch, der damalige Innenminister Witalij Sachartschenko sowie der damalige Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates Andryj Kljujew verantwortlich seien.
18.11.2015	Martin Sajdik, ein Vertreter der OSZE-Beobachtermission, kündigt für Ende November einen Informationsaustausch zwischen den Konfliktparteien an, der die Minenräumung erleichtern soll.
18.11.2015	Der ukrainische Finanzkonzern Dragon Kapital erklärt, dass er gemeinsam mit einem Fonds des US-amerikanischen Milliardärs George Soros einen neuen Investmentfonds aufgelegt habe. Der »Dragon Capital New Ukraine Fonds« werde in verschiedene Wirtschaftszweige der Ukraine investieren. Die US-amerikanische Investmentbank Goldman Sachs hält an Dragon Kapital eine Minderheitsbeteiligung.
18.11.2015	Der russische Minister für wirtschaftliche Entwicklung, Aleksej Uljukaew, erklärt, dass Russland am 1. Januar 2016 ein Importembargo für ukrainische Lebensmittel und Agrarprodukte einführen werde. Dies sei eine Reaktion auf die Sanktionen, die die Ukraine im September 2015 gegen russische Firmen erlassen hatte. Ministerpräsident Arsenij Jazenuk erklärt, die Maßnahmen würden die ukrainische Wirtschaft etwa 600 Millionen US-Dollar kosten. Die Ministerin für Wirtschaftsentwicklung Hatalja Nikolska schätzte den Verlust zuvor auf 140 bis 205 Millionen US-Dollar.
18.11.2015	In Krywyj Rih im Gebiet Dnipropetrowsk wird eine Sitzung des Stadtrates einberufen, auf der der Kandidat des Oppositionsblocks Jurij Wilkul als neuer Bürgermeister der Stadt vorgestellt wird. Der Kandidat der Partei Selbsthilfe war bei der Stichwahl mit 752 Stimmen unterlegen und hatte Wahlfälschungen beklagt. Die Partei Selbsthilfe bezeichnet die Einberufung der Sitzung als rechtswidrig. Auf Anordnung der Parteichefs werden die Fraktionen der Radikalen Partei und der Partei Vaterland im Stadtrat aufgelöst und ihre Mitglieder aus der jeweiligen Partei ausgeschlossen, da sie sich an der Sitzung beteiligt haben.

19.11.2015	Die OSZE-Beobachtermission berichtet, die Zahl der Verletzungen des Waffenstillstands habe im Vergleich zu den vergangenen Tagen abgenommen.
19.11.2015	Als Reaktion auf eine Online-Petition erklärt Präsident Petro Poroschenko, dass die Personenangaben in ukrainischen Pässen fortan auf Ukrainisch und Englisch anstatt wie bisher auf Ukrainisch und Russisch erfolgen sollten. Er habe die Regierung entsprechend unterrichtet.
19.11.2015	Ein Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft erklärt, es gebe bisher keine Beweise dafür, dass während der Maidan-Proteste im Frühjahr 2014 russische Scharfschützen anwesend waren und auf Demonstranten geschossen hätten.
19.11.2015	Der im Mai 2015 im Donbass verhaftete Ewgenij Jerofeew erklärt bei einer Gerichtsverhandlung, er sei während der Vernehmung von den ukrainischen Ermittlern gefoltert worden. Erofeew und der Mitangeklagte Aleksandr Aleksandrow hatten zunächst ausgesagt, sie seien im Auftrag des russischen Militärgeheimdienstes GRU ohne Kampfbefehl im Osten der Ukraine unterwegs gewesen. Vor einigen Wochen hatten sie stattdessen erklärt, Kämpfer der »Volksrepublik Luhansk« zu sein.
20.11.2015	Im Gebiet Cherson werden zwei Strommasten durch Explosionen schwer beschädigt. Zwei der vier Überlandleitungen, die Elektrizität auf die Krim befördern, sind damit außer Betrieb. Die Kampagne von Krimtataren und pro-ukrainischen Aktivisten, die sich für einen Stopp der Stromlieferungen auf die Krim einsetzen, erklärt, sie sei für den Anschlag nicht verantwortlich. Man werde jedoch die Reparaturarbeiten behindern. Infolgedessen entbrennt am Ort ein Konflikt zwischen Aktivisten und Sicherheitskräften, bei dem am Abend mehrere Personen verletzt werden. Nach Angaben des krimtatarischen Senders ATR kommt auch eine Journalistin des Senders zu Schaden. Der krimtatarische Abgeordnete Mustafa Dschemilew trifft sich am Abend zu Gesprächen mit Präsident Petro Poroschenko.
21.11.2015	Die Partei Block Petro Poroschenko zieht ihre Vertreterin aus der Städtischen Wahlkommission in Krywyj Rih ab und fordert die Aberkennung des Bürgermeisteramts der Stadt für Jurij Wilkul. Der Amtsinhaber und Kandidat des Oppositionsblocks Wilkul war trotz Wahlfälschungsvorwürfen am 16. November 2015 zum Bürgermeister ernannt worden.
22.11.2015	In der Nacht werden zwei weitere Strommasten, die Elektrizität von der Ukraine auf die Krim befördern, durch Explosionen zum Umsturz gebracht. Der Strom fällt in weiten Teilen der Halbinsel aus. Im Tagesverlauf wird auf der Krim der Notstand ausgerufen, Krankenhäuser werden mit Generatoren betrieben. Wenngleich die Ukraine offiziell nicht von ihrem Vorhaben abrückt, auch weiterhin Strom auf die Krim zu liefern, zeigen sich Politiker solidarisch mit der Kampagne von Krimtataren und ukrainischen Nationalisten, die die Krim blockieren soll. Diese Kampagne hatte eine Verbindung zu den Explosionen abgestritten, behindert jedoch die Reparaturarbeiten. Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk schlägt vor, die Ausfuhr von Produkten auf die Krim einzuschränken.
22.11.2015	In Krywyj Rih im Gebiet Dnipropetrowsk demonstrieren etwa 2.000 Menschen gegen die Ernennung des Kandidaten des Oppositionsblocks Jurij Wilkul zum Bürgermeister der Stadt. In der Stichwahl hatte sich der Amtsinhaber Wilkul mit dem minimalen Vorsprung von offiziell 752 Stimmen gegen den Kandidaten der Partei Selbsthilfe durchgesetzt. Die anderen Parteien hatten ihm Wahlfälschung vorgeworfen.

*Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.*

*Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum*

*Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.*

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Katerina Bosko (geb. Malygina)

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung ([www.bpb.de](http://www.bpb.de)) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON [www.ireon-portal.de](http://www.ireon-portal.de) recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2015 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: [publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de](mailto:publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de) • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



## Kostenlose E-Mail-Dienste

# der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de).

### **Belarus-Analysen**

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

### **Caucasus Analytical Digest**

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: [http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter\\_CAD\\_EN](http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN)

### **Polen-Analysen**

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

### **Russland-Analysen**

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

### **Russian Analytical Digest**

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: [http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter\\_RAD\\_EN](http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN)

### **Ukraine-Analysen**

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

### **Zentralasien-Analysen**

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

### **Bibliographische Dienste**

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>, [http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus\\_ca.php](http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php)